



Die Errichtung des Freiheits- und Einheitsdenkmals vor dem Humboldt Forum im Schloss erscheint nach einem neuen Gutachten des Landesdenkmalamtes Berlin zunehmend unwahrscheinlich.

In der denkmalrechtlichen Stellungnahme vom 3. August, die der Berliner Zeitung vorliegt, heißt es, gegen die vorliegende Planung für den Bau des Denkmals bestehen aus der fachlicher Sicht der Denkmalpflege erhebliche grundsätzliche Bedenken". Das neue Gutachten war notwendig geworden, weil die 2015 erteilte Baugenehmigung in vier Wochen, am 9. Oktober, ausläuft. Sie gilt als baurechtlich "schwebend unwirksam, weil nicht alle Voraussetzungen für die Ausführung vorliegen. Die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bestätigte den fristgerechten Eingang des Antrages auf Verlängerung durch die Schöpfer des Entwurfs "Bürger in Bewegung" vom Büro Milla & Partner.

Doppelter Alarm

Die Denkmalschützer schlagen doppelten Alarm: Zum einen würde der "Verzicht auf die Rückführung der geborgenen, gut erhaltenen, wertvollen bauzeitlichen Mosaik" des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals zu einem schweren Verlust für den historischen Ort führen, was "umso unverständlicher" sei, als der Sockel des alten Denkmals neben den Resten des Schlosskellers das einzige in seiner originalen Substanz erhaltene Gebäudefragment des ehemaligen Schlosskomplexes auf der Spreeinsel ist.

Noch schwerer wiegen die Bedenken gegen die derzeit geplante Gründung des Bauwerkes im schwierigen Baugrund am Spreeufer. Milla & Partner sehen vor, sieben Betonpfeiler, jeder 1,50 Meter dick, in den Boden zu treiben, um dem als bewegliche Schale konzipierten Denkmal Standsicherheit zu verschaffen. Die damit verbundenen Risiken sind enorm und vielfältig, wie der Bauhistoriker und Bauingenieur Dr. Helmut Maier erläutert. Bisher hätten die Untersuchungen der geologischen Schichten am Standort Schlossfreiheit nur auf alte Karten gestützt. Wie tief die neuen Betonpfeiler durch instabile eiszeitliche Schichten getrieben müssen - 20 oder 40 Meter? - sei unbekannt. Eine neue Erkundung per Sonde steht aus.

Nicht bedacht sei bisher auch, dass es sich bei dem von tausend Menschen: begehbaren Denkmal um eine "wackelige Schale auf schwabligem Grund" handele: Die Pfahlgründungen hätten also anders als im Fall des alten Kaiser-Denkmals nicht und drückende, was Schwankungen der Pfähle zur Folge haben müsste. Der Tisch, auf dem die Gelenke der Wippe lagern sollen, müsste nach Einschätzung des Experten freistehen, damit die Bewegungen die darunter liegenden wertvollen Gewölbe nicht beschädigen.

Diese Sorgen teilt das Gutachten des Landesdenkmalamtes: Es erinnert daran, dass der denkmalgeschützte Sockel des ehemaligen Nationaldenkmals einschließlich der historischen Gewölbe unter Einsatz erheblicher öffentlicher Mittel ca. fünf Millionen Euro, instand gesetzt wurde. Das Fazit lautet eindeutig:“

Die Eingriffe und der damit verbundene Verlust an Denkmalsubstanz und Denkmalqualität" stehen einer denkmalrechtlich Genehmigung entgegen".

Für die erste Baugenehmigung wurden die damals schon bestehenden Bedenken wegen eines "übergeordneten öffentlichen Interesses" (gemeint ist der Beschluss des Bundestages zur Errichtung des Denkmals) zurückgestellt. Seither hätten die Bedenken aber "deutlich an Gewicht gewonnen". Zwei Bedingungen werden gestellt: Das Mosaik muss auf den ursprünglichen Standort zurückkehren und die Pfahlgründung ist zu überarbeiten, ein neues statisches Konzept vorzulegen.

Angesichts dessen steht die Forderung der Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) nach sofortigem Baubeginn als unverantwortlich da. Die Union versucht dennoch, an den sachlichen Bedenken vorbei Fakten zu schaffen. Klaus-Dieter Gröhler, CDU-Haushaltsexperte im Bundestag, machte mit dem Vorschlag Druck, über die Freigabe der 17 Millionen Euro für den Denkmalsbau bei der Sitzung des Haushaltsausschusses am 11. September zu entscheiden, statt die reguläre Sitzung am 26. September abzuwarten. Der SPD-Haushaltsexperte Johannes Kahrs habe das abgelehnt. Kahrs hatte schon vor der Sommerpause darauf gedrängt, das Thema zu verschieben. Damals war der Grundstücksverkauf an den Bund noch nicht vollzogen.

Die für die Verlängerung der Baugenehmigung zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung nimmt zum Gutachten des Landesdenkmalamtes derzeit nicht Stellung. Die Oberste Bauaufsicht prüfe, sagt Pressesprecherin Karin Dietl. Es gebe kein abschließendes Ergebnis, über Zwischenstände gebe man keine Auskunft.

Die nächste Vollkatastrophe

Angesichts der Risiken fühlen sich in der Arbeitsgemeinschaft Historische Mitte engagierte Bürger an frühere Bauschadensfälle erinnert: die gigantischen Kostensteigerungen bei der Restaurierung der Staatsoper oder beim Chipperfield-Bau auf der Museumsinsel oder gar den Einsturz des Schlüter'schen Münzturmes. Alles geschah, weil der instabile Berliner Untergrund unterschätzt wurde. Auffällig ist auch die Ähnlichkeit der Vorgänge mit der Friedrichswerderschen Kirche.

Kultursenator Klaus Lederer (Linke) stellte zur Beschädigung der dortigen Gewölbe durch Neubauten einsichtig fest: "Das Ganze ist eine Vollkatastrophe und macht mich fassungslos." Ursache für den Riesenschaden sei unter anderem die rücksichtslose Baugenehmigungspolitik der Behörden gewesen. Ihm sei "rätselhaft, wie ohne Prüfung der Auswirkungen auf den Nachbarbau Baugenehmigungen erteilt wurden". Dem ist nicht zu widersprechen. Und nun?

Maritta Tkalec hält den Alexanderplatz für den richtigen Standort des Denkmals

(Übertragung des Textes aus der Berliner Zeitung vom 9. September 2018 von Wolfgang Schoele am 11. September 2018.)